

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 108 (1982)
Heft: 3

Rubrik: Briefe an den Nebi

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demokratieverständnis und Kaiseraugst

Sehr geehrter Herr Knobel

In Ihrem Artikel «Rigorese Glaubenssätze» im Nebi Nr. 50 kommen Sie auf das Demokratieverständnis der Atomkraftwerkgegner zu reden. Ich möchte Ihr eigenes Demokratieverständnis um einige Gedanken bereichern:

Was nützen die «nachweislich funktionierenden demokratischen Instrumente», wenn die schwerwiegenden Bedenken gegen den Bau von Atomkraftwerken von unseren Landesvätern einfach nicht ernst genommen werden?

Was wundert Sie die miserable Stimmeteiligung noch, wenn die betroffene Bevölkerung in mehreren Urnengängen ganz klar ein lebensfeindliches Projekt ablehnt und die Landesregierung diese Ablehnung einfach nicht berücksichtigt?

Ein noch so gutes Demokratieverständnis gerät ins Wanken, wenn die vielen Tausende Einsprachen nicht einmal beantwortet, geschweige denn berücksichtigt werden. Wagen Sie allen Ernstes noch zu behaupten, dass die Einsprache ein «nachweislich funktionierendes demokratisches Instrument» sei? Ist es nicht eher ein leeres Wort, gerade gut genug dazu, der nicht betroffenen Bevölkerung vorzugaukeln, es sei ja alles zum besten bestellt?

Demokratie im Falle Kaiseraugst heisst doch, dass einer Region von der Mehrheit ein Projekt aufgezwungen wird, das eben diese Mehrheit auf gar keinen Fall in ihrer Nähe haben will. (Getreu dem Motto: «Was du nicht willst, dass man dir tu', das füg gestrost dem Schwächern zu.»)

Erstaunt es Sie, dass die betroffene Bevölkerung nicht mehr so ganz an diese Demokratie glaubt und zu etwas weniger demokratischen Mitteln greift oder noch greifen wird?

Nun gibt es aber in der Problematik um die Atomkraftwerke sehr viel Wichtigeres als ein noch so offiziell liniengetreues Demokratieverständnis:

Befassen Sie sich doch bitte einmal intensiv mit den

Folgen eines leider durchaus möglichen atomaren Unfalles bei Kaiseraugst (oder auch in der Nähe Ihres Wohnortes). Seien Sie aber bitte nicht zufrieden mit einem am Bürotisch noch so beruhigend raffiniert ausgeklügelten Notfallplan. Beziehen Sie die vielen tausend betroffenen Menschen und ihre Verbitterung ein in Ihre Gedanken, ebenso, wie das Leben nach einem grossen atomaren Unfall aussehen wird.

Schreiben Sie bitte über die Giftigkeit der atomaren Abfälle und die unendlich lange Dauer dieser Giftigkeit. Berichten Sie den Nebi-Lesern bald von der in der Schweiz gefundenen Mehrheit, welche die atomaren Abfälle als lange wirkende Bereicherung ihrer Umwelt gerne in der Nähe hätte.

Übrigens: Haben Sie ein gutes Gewissen beim Gedanken daran, wie Ihre Kinder und deren Nachkommen (auch die in einigen hundert und einigen tausend Jahren) mit der von uns hinterlassenen hochgiftigen Erbschaft leben müssen?

Willi Stingelin, Pratteln

KKW-Prügelknaben

Lieber Bruno Knobel Ihr Beitrag «Rigorese Glaubenssätze» (Nebi Nr. 50) hat mir von den (noch verbliebenen) Haarwurzeln bis zu den Zehenspitzen wohlgetan. Sie haben deutlich gesagt, was ich schon lange fühlte, es aber nicht mit solcher Klarheit auszudrücken vermöchte.

Dass die KKW die Prügelknaben sind für alles, was in unserer Umwelt nicht (ganz) stimmt und unsere Demokratie dafür missbraucht wird, ist mir schon lange ein Dorn im Auge. Und dass gerade vom Kanton der Chemie-Hochburg solche Töne kommen, mangelt nicht einer gewissen Ironie.

Wie wäre es, wenn eine Minderheit so lautstark gegen Agrochemie, Pestizide, Herbizide, chemische Abfälle im gleichen Masse die Demokratie zu Hilfe anriefe? Hat in diesem Kanton schon jemand etwas von Seveso gehört? — Und was machen diese gescheiterten Leute, wenn sie ein Kohlenkraft-

werk propagieren? Glauben sie, dieses sei weniger auslandabhängig, mehr umweltfreundlich?

Wir leben in einer gefährvollen (Um-)Welt, wo die Nukleargefahr eines KKW nur ein kleiner Teil davon ist. Wir verzichten nicht auf Chemie, nicht auf Autoverkehr, nicht auf andere Techniken, die alle in sich eine gewisse Gefahr beinhalten. Besser als alle Demos, Proteste etc. wäre es, wenn jeder Umwelt-Besorgte in seinem Bereich sich fragen würde, was er selber besser machen könnte: mehr sparen, weniger Auto fahren, weniger Medikamente, weniger Komfort, bessere Nahrung etc. Aber eben, nirgends kann man «ds Fünfi u z Weggli» haben, auch in der Stromversorgung nicht.

W. Stamm, Gudo

Ferngesteuert

In der Nummer 51/52 bringt H.U. Steger eine mehr läppische als witzige Karikatur von Bundesrat Chevallaz, der den russischen Staats- und Parteichef bei der Fernsteuerung einer Friedensdemonstration «in flagranti» ertappt hat.

Statt langer Epistel ein Zitat von Manuilsky, Mitarbeiter von Lenin, der wörtlich schrieb:

«Gewiss, heute sind wir noch nicht stark genug, um anzugreifen. Um zu siegen, bedürfen wir eines Elements der Überraschung. Die Bourgeoisie muss eingeschläfert werden. Wir werden deshalb damit beginnen, die theatrale Friedensbewegung in Szene zu setzen, die jemals existiert hat. Und sobald ihre Wachsamkeit nachlässt und sich ihr Schutzgürtel entblösst, werden wir sie mit geballter Faust zerschmettern.»

An diesem Zitat stimmen in der heutigen Zeit zwei Punkte nicht mehr. Zum einen ist Russland heute stark genug zu einem Angriff auf die ganze Welt, zum andern aber geht die Taktik dahin, keinen Krieg zu führen, wo eine Beutekampflösung zu haben ist. In dieses Konzept passt das am 31. Okt. 1961 verabschiedete Parteiprogramm der KPdSU, das die Unterstützung pazi-

fistischer Bewegungen im Westen vorsieht.

Sollten wir nicht einmal den Schritt anhalten und betrachten, was der grosse friedliebende Bruder im Kreml seit Ende des Zweiten Weltkrieges mit eiserner Beharrlichkeit alles gewonnen hat? Zum Beispiel die Satelliten des Warschauer Pakts, als zweites Beispiel mit Hilfe Kubas den Einfluss in Afrika, als drittes Beispiel die Besetzung von Afghanistan. Genügt's?

F. Zimmermann, Weesen

Der kanton-bernische Amtsschimmel läuft — wieder einmal — Amok.

Vor 14 Tagen bin ich verärgert von der Gemeindeversammlung nach Hause gekommen: Ich habe eine Ölheizung. Diese wird zweimal jährlich im Abonnement, wofür ich über zweihundert Franken bezahle, von einer Heizungs-firma kontrolliert, also von Fachleuten. Zudem kommt dreimal im Jahr der Kaminfeger, der den Brenner auch kontrolliert, denn auch er ist Fachmann.

Wie ich nun an der Gemeindeversammlung erfahren habe, muss jede Gemeinde einen Bürger bestimmen, der die Heizung zusätzlich kontrolliert; dieser ist nicht Fachmann, sondern wird in einem Schnellbleichkurs für diese Aufgabe ausgebildet. Selbstverständlich muss ich als Hauseigentümer diese Kontrolle auch noch bezahlen. Diese Gemeindekontrolle mag dort ihre Berechtigung haben, wo sonst nicht nachkontrolliert wird. Auf Anfrage teilte aber der Gemeindepräsident mit, auch der schriftliche Nachweis der durchgeführten Kontrolle durch die Heizungs-firma entbinde nicht von dieser Gemeindekontrolle.

Im Lufthygienegesetz, worauf sich diese Verfügung offenbar stützt, steht hierüber nichts Bestimmtes. Ich kann mir vorstellen, dass übereifrige Beamte bei der Ausgestaltung der Ausführungsbestimmungen diesen Blödsinn ausgebrütet haben, sei es, um dem Bürger Geld aus der Tasche zu ziehen, sei es, um die Allgegenwärtigkeit des Staates zu demonstrieren. Kein

Wunder, wenn immer weniger Leute an den Abstimmungen teilnehmen: Was in guter Absicht vom Volk angenommen wird, kann von den Behörden ins Absurde umgebogen werden.

Fazit: Im Kanton Bern kann man bald einmal kaum mehr atmen, und zwar nicht wegen der Luftverschmutzung, sondern wegen der Einengung in allen Lebensbereichen durch solche staatlichen Leerlaufleistungen. Dr. med. H. Bader, Walkringen

Unverdienter Gewinn

Lieber Giovanni Nein, es ist wirklich keine Weihnachtsgeschichte, nämlich «wie Sie es Ihrem Sohne sagten!» (Nebispaltes Nr. 49.) Da sind Sie ganz selber schuld, wenn er auf einen unverdienten Gewinn wartet und es als unerhört empfindet, wenn er ausbleibt. Hätten Sie ihm von Anfang an klargemacht, dass die Tasche fremdes Eigentum ist und niemand, aber auch gar niemand Anspruch hat auch nur auf einen Teil davon, es sei denn, die Rückgabe an den Eigentümer wäre mit gewissen Mühen oder Unkosten verbunden gewesen!

So weit hat es der Mensch gebracht, dass er für eine solche Selbstverständlichkeit eine Belohnung erwartet und sich für seine Ehrlichkeit auf die eigene Schulter klopft: bist halt doch ein guter Kerl! — Dabei ist im Grund alles andere Diebstahl, und der ihn begeht ein gemeiner Schuft. Dazwischen wäre eigentlich noch der halbwegs normale Mensch angesiedelt. Ob es ihn überhaupt noch gibt?

Zu Ihrem Fall: Sie schreiben, es sei der ganze August-Zahlat gewesen — 1800 Fr. (nicht der Haufen!) — plus Ausweise etc. Obligator FINDERLOHN 10%, macht den Wucherpreis von ca. 200 Franken! Wahrscheinlich hat das arme Fräulein befürchtet, man erwarte dies von ihr, und hat sich deshalb nicht gemeldet —? Recht hätte sie!

M. Graf, Oberrieden